

INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de



Gewerkschaft
der Polizei

Bundesvorstand

Gemeinsame Pressekonferenz der GdP und der IG BAU am 17. Februar 2004 in Berlin

„Bekämpfung der Schwarzarbeit“

Statement des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei,
Konrad Freiberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung, Steuer- und Abgabenbetrug, sind die größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Seuchen unseres Jahrhunderts.

Sie ruinieren Staatshaushalte, zerstören Zivilgesellschaften, treiben Arbeitnehmer in die Sklavenhaltung, fördern Korruption und gebären kriminelle Kartelle.

Wir erleben es ganz aktuell, wie durchaus Erfolg versprechende Ansätze im Kampf gegen diese sich mehr und mehr organisierende Kriminalität bereits im Vorfeld eines Gesetzgebungsverfahrens totgetreten werden sollen.

Ein Beispiel dafür ist die originelle Diskussion um die so genannte Kriminalisierung von Putzfrauen, in der so rührende Argumente ins Feld geführt wurden wie:

- Nachbarn müssen davor geschützt werden, schlecht über Nachbarn reden zu wollen.
- Wie soll eine arme polnische Oberstudienrätin ihre Kinder vor dem Verhungern retten, wenn sie nicht im Haushalt eines deutschen Gebrauchtwagenhändlers die Toilette putzen darf?

Ein Schwall an Edelmütigkeit ergoss sich in Form von Kommentaren, Leserbriefen, politischen Statements und Talk-Show-Beiträgen über das Land.

Es hätte nicht viel gefehlt, und der Kauf von Produkten aus preiswerter Kinderausbeutung in Drittländern wäre als Beitrag zur Entwicklungshilfe rehabilitiert worden, nach dem Motto: „Dann gehen die kleinen Racker in Indien wenigstens nicht klauen“.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Die breit angelegte Offensive gegen eine nachhaltige Bekämpfung des groß angelegten Wirtschafts- und Gesellschaftsbetruges zeigt nur eines, nämlich dass es kaum einen Straftatbestand gibt, der wie die Schwarzarbeit das kollektive schlechte Gewissen einer ganzen Nation berührt.

Das Argument, man wolle mit der Strafbarkeit der Schwarzarbeit Millionen von Menschen kriminalisieren, will bewusst von der Sozialschädlichkeit des Delikts ablenken.

Erstens gibt es nichts zu kriminalisieren, weil Steuer- und Abgabenhinterziehung seit jeher Straftaten sind – und nicht erst mit diesem Gesetzentwurf werden sollen.

Zweitens sehe ich überhaupt nicht ein, dass Putzhilfen mit mehreren Stellen locker das Monatseinkommen eines Facharbeiters erreichen, wir alle aber später ihre Alterssicherung bezahlen sollen; sie selbst haben ja dazu nichts beigetragen.

Die gemeinsame Dokumentation von IG-BAU und GdP, die vor Ihnen liegt, beweist Ihnen, dass derjenige selbst doppelt und dreifach betrogen wird, der glaubt, ein Schnäppchen zu machen, wenn er seine Wohnung schwarz tapezieren lässt.

Ich betone aber noch einmal: Es geht uns nicht um die kleinen Fische, sondern darum, Schwerkriminellen das Handwerk zu legen, die unser Land im großen Stil ausplündern.

Ich habe allerdings auch wenig Mitleid, wenn die kleinen Fische deshalb künftig schlechter schlafen.

Leider gibt es schon jetzt wieder Anzeichen, dass die Politik unter dem Eindruck der Putzfrauendebatte bei der Bekämpfung von Schwerkriminalität den Schwanz einzieht.

Will man diese Schwerkriminalität bekämpfen, muss man folgerichtig vom Aufbau einer Bundesfinanzpolizei, also der Zusammenfassung aller Vollzugsbereiche des Zolls einschließlich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, sprechen. Schon sträubt sich das Bundesfinanzministerium. Von „Polizei“ könne keine Rede sein, heißt es.

Damit trägt die Bundesregierung selbst erneut zur Verniedlichung des Problems und zur Bagatellisierung dieses Teils der Kriminalität bei.

Wer ein neues Unrechtbewusstsein in der Bevölkerung schaffen will, darf nicht die Arbeit der Vollzugskräfte durch mangelnde Akzeptanz ihrer Arbeit erschweren. Auch die ständige Betonung, dass man kein Denunziantentum fördern wolle, konterkariert die ja wohl herrschende Erkenntnis, dass jede wirksame Strafverfolgung auf gesellschaftliche Mitwirkung der gesetzestreuen Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Eine Mitwirkung, die übrigens von der gleichen Stelle immer wieder richtigerweise angemahnt wird, wenn es zum Beispiel um die Misshandlung von Kindern und Frauen oder um Ausländerfeindlichkeit geht.

Anzeigerstattem im Bereich der Schwarzarbeit von vornherein den Makel des Denunzianten anzuhängen, signalisiert, man sei in diesem Bereich nicht wirklich an der Verfolgung der Täter interessiert. Dann kann man es auch gleich sein lassen.

Ich frage mich nur, wo bleiben denn hier die Stimmen, die diese Regierung mit Durchhalteparolen versorgen, wenn sie wieder Tendenzen zeigt, ihre eigenen Reformen zu verwässern?

Die Übertragung der alleinigen Zuständigkeit für die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung auf die Zollverwaltung ist richtig, um dieser Form der Wirtschaftskriminalität endlich wirksam begegnen zu können. Dafür bedarf es aber eines schlüssigen organisatorischen und personellen Konzeptes. Das ist aber nicht in Sicht.

Notwendig wäre eine organisatorische Zusammenfassung aller Vollzugsbereiche des Zolls (Fahndung, Mobile Kontrollgruppen -MKG-, Grenzaufsichtsdienst -GAD-) einschließlich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Damit würde eine deutlich umfassendere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität möglich, weil

- das Wissen erfahrener Vollzugsbeamter des Bundes mit dem der Fachleute der Arbeitsmarktinspektion (AMI) gebündelt werden könnte,
- Querverbindungen der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit mit anderen Formen der Steuer- und Abgabenhinterziehung leichter aufgedeckt werden könnten.

Überdies hätte eine solche Bündelung der Ressourcen auch haushaltsmäßige Vorteile, an denen das Bundesfinanzministerium aber offensichtlich nicht interessiert ist.

Stattdessen rechnet sich das Ministerium aber bereits für 2004 Mehreinnahmen in Höhe von 1 Md. Euro durch die Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung aus. Da ist der Hinweis erforderlich, dass der Erfolg an die richtige Reihenfolge gebunden ist:

Erst der Aufbau einer schlagkräftigen Bundesfinanzpolizei, dann Mehreinnahmen für Haushalt und Sozialversicherungen.

Meine Damen und Herren,

man kann nicht dem gesetzestreuen Steuer- und Beitragszahler immer mehr Belastungen zumuten und diejenigen schonen, die ihr Geld auf kriminelle Art und Weise verdienen.

Die Bereitschaft, auch eigene Opfer zum Erhalt des Sozialstaates zu leisten, würde wachsen, wenn die Bürger sicher sein könnten, dass der Sozialraub stärker bekämpft wird. Von diesem Zustand sind wir aber weit entfernt. Nach wie vor gehen dem Staat Milliarden Euro durch diese Kriminalitätsformen verloren.

Milliarden fehlender Euro, für die Sie und ich, Ihre Leser, Zuschauer, Hörer und unsere Mitglieder heute wieder zur Kasse gebeten werden.

Glauben Sie mir, unsere Polizistinnen und Polizisten würden lieber auf diese Weise zum Erhalt des Sozialstaates beitragen, als ihr Urlaubs- und Weihnachtsgeld opfern zu müssen, weil dem Staat die Einnahmen verloren gehen.